

## **Zwischen Sozialkatholizismus und Parteiorientierung -**

**Die christlich-sozialen Funktionäre im DGB  
von 1945 bis 1960\***

---

Wolfgang Schroeder, geb. 1960 in Mayen/Eifel, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie und katholischen Theologie in Marburg, Wien, Tübingen und Frankfurt, ist wiss. Mitarbeiter an der Universität Frankfurt.

In den fünfziger Jahren kam es zu einer weitreichenden Verschiebung im Selbstverständnis und in der Außenorientierung der christlich-sozialen DGB-Funktionäre.<sup>1</sup> Die im ersten Nachkriegs Jahrzehnt im Vordergrund stehende sozialkatholische Bindung wurde in den späten fünfziger Jahren durch die Orientierung an den Unionsparteien abgelöst. Während in der Gruppe der christlich-sozialen DGB-Funktionäre bis Ende der fünfziger Jahre sowohl CDU- und Zentrumsmitglieder wie auch Parteilose standen, vollzog sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein starker Druck in Richtung CDU-

---

\* Für seine anregende Kritik danke ich Matthias Möhring-Hesse.

1 Weitere Informationen zum Thema: Wolfgang Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU, Köln 1990.

Mitgliedschaft. Das bedeutete tendenziell, daß die Rekrutierung der christlich-sozialen DGB-Funktionäre sich nicht mehr über ihre Verankerung im Sozialkatholizismus ergab, sondern über das Parteibuch der CDU oder zumindest die Mitgliedschaft in den Sozialausschüssen.

Die hauptamtlichen christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter waren in den fünfziger Jahren Garanten der Einheitsgewerkschaft und Klammer zwischen katholischem und sozialdemokratischem Lager, die sich in den fünfziger Jahren in einem letzten Dauergefecht begegneten. Ihre Loyalität zum DGB war ihr Bezugs- und Identifikationspunkt: Sie lehnten außergewerkschaftliche Einflüsse ab und vertraten den Standpunkt, daß Änderungen in der Politik und in der Struktur des DGB ausschließlich durch Entscheidungen der gewerkschaftlichen Demokratie zu legitimieren seien. Sie verteidigten das zuweilen kämpferische Engagement des DGB für eine sozialstaatliche Reformpolitik und warben in diesem Sinne für die Einheitsgewerkschaft im Katholizismus. Durch bewußtes Insistieren auf ihrer Kirchlichkeit und ihre gleichzeitige Ablehnung einer antigewerkschaftlichen Politik der Kirche verhinderten sie eine katholische Einheitsfront gegen den DGB.

Die Christlich-Sozialen, die sich seit 1945 als hauptamtliche Funktionäre im DGB engagierten, waren sowohl im DGB als auch im organisierten Katholizismus und in der CDU eine Minderheit. Sie besaßen keine eigene Infrastruktur, trafen sich nicht regelmäßig und strebten auch nicht nach einer Anerkennung als eigenständige Gruppe im DGB. Sie bildeten stets einen losen Zusammenhang, aber dennoch eine informelle Gruppe mit vergleichbaren Interessenlagen und Deutungsmustern. Ihr politisches Zentrum lag jeweils im Kreis um den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden. In der Gruppe der christlich-sozialen DGB-Funktionäre dominierten in den fünfziger Jahren diejenigen, die bereits vor 1933 Funktionäre der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften waren. Als eigenständige Kraft traten sie nur in den Kontroversen mit den gegen die Gewerkschaften opponierenden Teilen der Kirche, des Katholizismus und der Unionsparteien sowie vor gewerkschaftlichen Wahlen in Erscheinung. In diesem Sinne wirkten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre vor allem defensiv: Sie verteidigten einerseits die relative Autonomie der Einheitsgewerkschaft und ihre Politik gegenüber externen Angriffen und andererseits ihre Stellung im DGB gegenüber innergewerkschaftlicher Kritik. Ihr Engagement im DGB zeichnete sich dadurch aus, daß sie in der Regel außerordentlich loyal mit der sozialdemokratischen Mehrheitsrichtung im DGB zusammenarbeiteten und ihre Loyalität zur Einheitsgewerkschaft eindeutig über konfessionelle und parteipolitische Bindungen stellten.

### Vorgeschichte und Entwicklung

Die Bildung der Einheitsgewerkschaft war für die christlich-sozialen DGB-Funktionäre auch ein Resultat ihres eigenen Engagements. Das Trauma der ersten Generation christlich-sozialer Einheitsgewerkschafter (geboren zwi-

sehen 1886 und 1915) war nämlich die Erfahrung einer gespaltenen Gewerkschaftsbewegung und deren fatales Ende 1933. Ihren entschiedenen Einsatz für die Einheitsgewerkschaft und gegen die Wiedergründung christlicher Gewerkschaften verstanden die ehemaligen christlichen Gewerkschafter daher mehrheitlich als notwendige Konsequenz aus der gewerkschaftlichen Niederlage des Jahres 1933 und deren Folgen. Auf diesen Zusammenhang wiesen die katholischen DGB-Funktionäre nach dem Krieg immer wieder hin. Darüber hinaus betonten sie aber auch den entscheidenden Anteil der bürgerlich-kapitalistischen Führungselite am Scheitern der Weimarer Republik sowie am Aufstieg des Nationalsozialismus und forderten daher als Konsequenz eine gesellschaftliche Führungsrolle der Arbeiterbewegung. Von der Überwindung der gewerkschaftlichen Spaltung versprachen sie sich eine verbesserte Stellung der Gewerkschaften in Wirtschaft und Politik, wobei sie den Akzent vor allem auf eine verbesserte Stellung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt legten.

In empathischer Weise betrachteten sie die Einheitsgewerkschaft als eine historische Errungenschaft, an deren Entwicklung sie mitgewirkt hatten, und hinter die es kein Zurück mehr geben dürfe. Daher sahen sie sich gefordert, gegen die Restauration richtungsgewerkschaftlicher Verhältnisse sowie parteipolitischer und kirchlicher Bevormundung zu kämpfen.

Bereits in den ersten Nachkriegsmonaten kristallisierte sich die Minderheitsposition der christlich-sozialen DGB-Funktionäre im christlich-sozialen Lager heraus. Weil man sich im sozialen Katholizismus mehrheitlich nicht auf die neue gewerkschaftspolitische Situation einstellte, waren überhaupt nur wenige Christlich-Soziale bereit, sich für den Aufbau der Einheitsgewerkschaft zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich wurde dieses Problem verschärft, da sich gerade die profilierten ehemaligen christlichen Gewerkschafter für eine Karriere in der CDU entschieden hatten. So blieben die christlich-sozialen DGB-Funktionäre im eigenen Lager eine weitgehend unverstandene Minderheit, die keine akzeptable Zusammenarbeit zwischen den partei- und kirchenorientierten Kräften im christlich-sozialen Feld erreichen konnte. Bereits beim ersten Treffen der ehemaligen christlichen Gewerkschafter am 16. Februar 1946 signalisierten die partei- und kirchenorientierten Kräfte, daß sie - obwohl gewerkschaftlich nicht aktiv - den christlich-sozialen Einheitsgewerkschaftern nicht die alleinige Verfügungsgewalt über den Gewerkschaftskurs der Christlich-Sozialen überlassen wollten. Dagegen vertraten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre die Auffassung, daß die Mitsprache über den Weg der Einheitsgewerkschaft an ein gewerkschaftliches Engagement geknüpft sein müsse, und lehnten damit die Einflußnahme von ehemaligen christlichen Gewerkschaftern, die nunmehr in die Parteipolitik abgewandert waren, kategorisch ab. Dennoch waren die Nur-Gewerkschafter bis Ende 1947 noch bereit, die Sozialausschüsse als Plattform und ihre Führer als Gesprächspartner anzuerkennen, um über gewerkschaftspolitische Fragen zu debattieren, und Forderungen an den DGB zu stellen.

In dem Maße wie die Etablierung der Parteien voranschritt und durch den Kalten Krieg alte Polarisierungen zwischen den politischen Richtungen wieder das Tagesgeschehen bestimmten, entwickelten sich die latenten Spannungen im christlich-sozialen Lager hin zu offenen Konflikten. Im Zuge dieses Prozesses sahen sich christlich-soziale DGB-Gewerkschafter zunehmend stärkeren Anfechtungen aus CDU und Katholizismus ausgesetzt. Von dort versuchte man erstmals 1948 offensiv die Einheitsgewerkschaft zu destabilisieren, um den Weg für die Gründung Christlicher Gewerkschaften zu ebnen. Als sich 1948 unter dem Eindruck der Entscheidungen des Frankfurter Wirtschaftsrates und des Generalstreiks der Gewerkschaften die Spaltung der Sozialausschüsse in drei Flügel (Partei-, Gewerkschafts- und KAB-Flügel) zementierte, war eine einheitliche Gewerkschaftspolitik über die Sozialausschüsse nicht mehr zu formulieren. Die christlich-sozialen Einheitsgewerkschafter zogen aus der nicht vorhandenen Unterstützung ihrer Arbeit in den Sozialausschüssen die Konsequenzen und trafen sich fortan in eigener Regie, um ihre gewerkschaftspolitische Linie zu besprechen.

Unter den Einzelgewerkschaften war es vor allem der Industrieverband Bergbau, in dem die christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter bereits sehr früh eigene Treffen durchführten. Seit 1949 förderte auch die DGB-Führung solche Treffen, um ein Gegengewicht zu den christlich-sozialen Angriffen, die seitens der Sozialausschüsse und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) gegen den DGB vorgetragen wurden, zu setzen. Häufig suchte man mit derartigen Veranstaltungen auf akute Angriffe aus CDU, Kirche und Sozialausschüssen zu reagieren, manchmal traf man sich auch vor oder nach großen Veranstaltungen der Sozialausschüsse. Neben Versammlungen, bei denen sich nur ein kleiner Kreis wichtiger Funktionäre traf, gab es Konferenzen für alle Hauptamtlichen, sowie solche, zu denen auch die ehrenamtlichen Aktivisten eingeladen waren. Mit ungefähr 500 Teilnehmern fand das größte Treffen am 31. Oktober /1. November 1953 in Essen statt, die sogenannte „Allerheiligenkonferenz“. Jedoch wurden diese christlich-sozialen Sitzungen unter der Obhut der führenden DGB-Gewerkschafter weder regelmäßig veranstaltet noch strebte man eine dauerhafte Einflußnahme in Richtung CDU oder DGB an.

Obwohl die führenden christlich-sozialen DGB-Funktionäre Fraktionsbildungen im DGB ablehnten, gelang es ihnen nicht, derartige Ambitionen von christlich-sozialer Seite durch die Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB (1952 - 1960) zu unterbinden. Die Kollegenschaft konnte zwar nur wenige hauptamtliche DGB-Funktionäre für ihre Arbeit gewinnen, trotzdem relativierten deren Aktivitäten den Einfluß der christlich-sozialen DGB-Funktionäre um die stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Matthias Föcher und Bernhard Tacke. Als Mitte der fünfziger Jahre die christlich-sozialen Gruppenbildungen immer unübersichtlicher wurden und durch die Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) eine Herausforderung bestand, die vor allem die christlich-sozialen DGB-Funktionäre zu bewältigen hatten, gründeten einzelne DGB-Funktionäre mit Unterstützung der CDU eine

„Sekretärsvereinigung“. Damit wollten sich die hauptamtlichen DGB-Gewerkschafter der christlich-sozialen Richtung eine eigene Plattform schaffen, um ihre Interessen grundsätzlicher vertreten zu können. Jedoch konnte sich diese Vereinigung nicht als dauerhafte Einrichtung bewähren - der DGB-Bundesvorstand lehnte eine solche Gruppe ab - und sie verschwand bald wieder.

Nachdem sich Ende der fünfziger Jahre die Beziehungen zwischen den Christlich-Sozialen des Gewerkschafts- und Parteiflügels verbesserten, lehnten sich die DGB-Gewerkschafter wieder stärker an die Partei, speziell an die Sozialausschüsse an. So traten Bernhard Tacke und Adolf Müller 1959 an die Spitze der „Arbeitsgemeinschaft christlich-sozialer DGB-Gewerkschafter in den Sozialausschüssen“. Diese Arbeitsgemeinschaft wirkt bis auf den heutigen Tag als Sammelbecken der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter. Nach der offiziellen Abkehr der Kollegenschaft vom DGB im Jahre 1960 konnte diese Arbeitsgemeinschaft auf eine breitere Grundlage gestellt und bald als bundesweite Gruppe ausgebaut werden. Damit rückten die christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter auch wieder enger an die CDU.

### Ziele und Programmatik

In den fünfziger Jahren zentrierte sich das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis der christlich-sozialen DGB-Funktionäre um die Vorstellung einer starken, einheitlichen Gewerkschaftsbewegung, die unabhängig sein sollte von parteipolitischen und kirchlichen Einflüssen. In einer solchen Einheitsgewerkschaft sah man den Garant für einen stetigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformprozeß zugunsten der Arbeiterschaft. In diesem Sinne hielten die hauptamtlichen christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter und ihre Gefolgsleute auch am längsten von allen christlich-sozialen Gruppen an der programmatischen Orientierung des „Ahlener Programms“ der CDU sowie an den gewerkschaftlichen Neuordnungsforderungen fest.

Gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Kollegen strebten die christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter eine Erweiterung der gesellschaftlichen, insbesondere der wirtschaftlichen Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der Arbeiterschaft an und damit letztlich eine Veränderung der Sozialstruktur im Rahmen des Kapitalismus. Eine politische Stärkung erfuhr ihre Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Mehrheitsrichtung durch die gemeinsame Gegnerschaft zur kommunistischen und linkssozialistischen Gewerkschaftsrichtung im Kontext des Kalten Krieges.

Ihre gesellschaftspolitischen Ziele beim Kampf für eine Demokratisierung der Wirtschaft beschrieb Günther Lehner 1951: „Es handelt sich auch um einen Versuch, auf nicht-marxistischem Wege die kapitalistische Wirtschaftsstruktur zu demokratisieren. Falls das Experiment gelingt, dürfte es wesentlich zu der so dringend notwendigen innenpolitischen Stabilisierung Westdeutschlands beitragen und die demokratische Staatsreform entscheidend

stärken."<sup>2</sup> In dieser Weise deuteten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre das gewerkschaftliche Engagement für paritätische Mitbestimmung und ein an dieser Diktion orientiertes Betriebsverfassungsgesetz als Stärkung der Staatsautorität. Zur Erreichung dieser Ziele schlossen sie den Einsatz von kämpferischen Mitteln (Streiks) nicht aus und unterschieden sich damit von ihren Konkurrenten im christlich-sozialen Lager, die in nahezu jedem kämpferischen Einsatz der Gewerkschaften bereits eine Gefährdung der Staatsautorität sahen.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, als die erste Generation christlich-sozialer DGB-Gewerkschafter noch federführend war, vertraten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre mehrheitlich die Auffassung, die Einheitsgewerkschaft sei ein Zusammenschluß der ehemaligen Richtungsgewerkschaften, der durch den Verzicht auf eigene Organisationen möglich wurde. Mit diesem Verständnis widersprachen sie allen, die in der Einheitsgewerkschaft eine „Allianz von Christen und NichtChristen“ oder auch ein „Zusammenkommen von politischen Leuten der SPD und der CDU“ sehen wollten.<sup>3</sup>

Gegen Ende der fünfziger Jahre rückte dann der Aspekt der parteipolitischen Allianz immer stärker in den Vordergrund, ohne allerdings programmatischen Charakter zu erhalten. Getragen wurde dieser Wandel im christlich-sozialen Lager primär vom wachsenden Einfluß der zweiten Generation christlich-sozialer Einheitsgewerkschafter, die zwar den parteipolitischen Proporzgedanken und seine staatspolitischen Implikationen für sich besetzen konnten, nicht aber den aus Erfahrung und Legende geborenen „Mythos der Einheitsgewerkschaft“. Die sozialdemokratische Mehrheitslinie im DGB unterstützte diese Verschiebung aus zwei Gründen: zum einen, um so den Weg der SPD zur Volkspartei mit der Perspektive einer großen Koalition zu flankieren, zum anderen, weil sie in den Sozialausschüssen den wichtigsten und verlässlichsten Ansprechpartner im christlich-sozialen Lager sahen.

Während sich KAB, Sozialausschüsse und Christlich-soziale Kollegenschaft als Wächter über das christlich-soziale Gedankengut und dessen Beachtung durch die Einheitsgewerkschaft empfanden, bestritten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre mit dem Hinweis auf die innergewerkschaftliche Demokratie derartige Ansprüche. Statt dessen hätte sich der DGB seine strikte Unabhängigkeit von allen Parteien und Kirchen zu bewahren, um als Einheitsgewerkschaft existieren zu können. Dagegen seien jene, die aus dem Bereich der Parteien („Partensmus“) und Kirchen („Konfessionalismus“)<sup>4</sup> in die Gewerkschaft hineinwirken, die „Totengräber der Einheit“.<sup>5</sup> Die Einheitsgewerkschaft dürfe ihre Ziehrichtung „nicht von außergewerkschaftlichen Stellen bekommen, wenn sie auf Dauer zu einer wirklichen Heimat aller Arbeitnehmer werden will“.<sup>6</sup> Auch wenn die Einheitsgewerkschaft ein Zusam-

2 Gunter Lehner, Gefahr von Links?, in: Michael, Nr. 5,4.2.1951.

3 K. Braukmann an Brockmann, 7. 4.1953, DGB-Archiv.

4 G. Kliesch an K. Braukmann, 5. 8.1956, ACDP, NI Braukmann 1-193-008.

5 Ebd.

6 Ebd.

menschluß zweier Richtungsgewerkschaften sei, so folge daraus nicht die paritätische Besetzung aller Positionen im DGB, wie von diesen Gruppen immer wieder gefordert wurde.

Statt die Einheitsgewerkschaft für die Interessen von CDU und Katholizismus zu instrumentalisieren, warben sie also dort für die Idee einer starken und unabhängigen Einheitsgewerkschaft. Gegenüber Angriffen, die aus den Kirchen und der Union gegen die Gewerkschaften geführt wurden, demonstrierten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre in der Regel den Schulter-schluß mit der sozialdemokratischen Mehrheitslinie und verteidigten so die Politik der DGB-Gewerkschaften.

#### Die Stellung der christlich-sozialen Funktionäre im DGB

Während sich die christlich-sozialen DGB-Funktionäre bis Mitte der fünfziger Jahre in starkem Maße über ihre Kirchlichkeit und Verankerung im Sozialkatholizismus definierten, rückte seitdem zunehmend die Parteimitgliedschaft in den Mittelpunkt des Selbstverständnisses christlich-sozialer DGB-Gewerkschafter. Diese Verschiebung ist vor allem dem Versagen von Kirche und Sozialkatholizismus in der Gewerkschaftsdebatte, dem Generationenwandel im christlich-sozialen Lager und der Bedeutungslosigkeit des Zentrums geschuldet.

Zwar waren die christlich-sozialen DGB-Funktionäre auch bis Mitte der fünfziger Jahre bereits mehrheitlich Mitglieder der CDU, allerdings hielten einige von ihnen noch sehr lange der wiedergegründeten Zentrumsparterie die Treue, zum Beispiel Hubert Stein, Anton Meine und Peter Viehöver. Ein anderer Teil, zu dem beispielsweise die beiden DGB-Bundesvorstandsmitglieder Thea Harmuth und Maria Weber<sup>7</sup> gehörten, schloß sich gar keiner Partei an. Die Grenze des Christlich-Sozialen war auch schon damals parteipolitisch markiert: Wer Mitglied der SPD, KPD oder FDP war, konnte sich nur noch schwer zu den Christlich-Sozialen zählen; die Wahrnehmung einer Funktionärsposition als Christlich-Sozialer war dann sogar völlig unmöglich.

Der ranghöchste DGB-Gewerkschafter, von dem in der Regel auch die formale Initiative für die Sammlung christlich-sozialer Funktionäre ausging, und der in der Öffentlichkeit den DGB gegen die parteipolitische und kirchliche Gewerkschaftskritik zu verteidigen hatte, war der stellvertretende DGB-Vorsitzende (Matthias Föcher 1949 - 1956; Bernhard Tacke 1956 - 1972). Von großer Bedeutung waren aber auch die führenden christlich-sozialen Funktionäre des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen (etwa Peter Ciaassen und Adolf Müller) und der IG Bergbau (Heinrich Scheppmann, Hubert Stein). Neben Vorstandsmitgliedern und Funktionären, die auf nahezu allen Gewerkschaftsebenen vertreten waren, gehörten auch Arbeitsdirektoren zur Gruppe der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter und in den fünfziger Jahren auch zwei der sechs Leiter der DGB-Bundesschulen.

---

<sup>7</sup> Maria Weber trat erst 1967 in die CDU ein.

Im DGB sahen sich die christlich-sozialen Gewerkschafter als Minderheit einer überwältigenden Mehrheit sozialdemokratisch orientierter Gewerkschafter gegenüber. Etwa 200 bis 300 hauptamtliche DGB-Funktionäre gehörten in den fünfziger Jahren zum Kreis der Christlich-Sozialen. Ihre geringe Präsenz warf die Frage auf, wie jenseits des Mehrheitsprinzips eine angemessene Vertretung der Christlich-Sozialen in den Gremien und Funktionen des DGB und der Einzelgewerkschaften sichergestellt werden konnte. In einigen Einzelgewerkschaften und vor allem im DGB-Bundesvorstand wurde deshalb ein sogenanntes Proporzsystem eingeführt; die auf dieser Basis gewählten Christlich-Sozialen wurden von ihren Kritikern aus dem sozialen Katholizismus auch als „Konzessionsschulzen“ bezeichnet.

Seit 1949 sind im DGB-Bundesvorstand zwei Repräsentanten der christlich-sozialen Richtung vertreten. Die beiden christlich-sozialen Vorstandsmitglieder waren für die Abteilungen Bildung und Frauen zuständig. In den Gewerkschaften gab es keine einheitlichen Regelungen, wie einige Beispiele zeigen: Nahezu vorbildlich aus der Sicht der Christlich-Sozialen war ihre Berücksichtigung in der IG Bergbau, wo sie seit 1945 relativ stark in den Vorständen und Gremien vertreten sind. Ebenfalls stark war ihre Verankerung in den Vorständen der Post-Gewerkschaft und der IG Textil. In der IG Metall ist bis heute ein Christlich-Sozialer Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes; bis 1959 gab es auch einen Bezirksleiter aus den Reihen der Christlich-Sozialen. Dagegen hat es weder in der IG Chemie noch in der GEW je ein christlich-soziales Hauptvorstandsmitglied gegeben. Da im DGB und in allen Einzelgewerkschaften das ungeschriebene Gesetz galt, der Vorsitzende müsse sozialdemokratischer Herkunft sein, blieben die Aufstiegsmöglichkeiten der Christlich-Sozialen-Funktionäre begrenzt.

Einige christlich-soziale DGB-Funktionäre wechselten im Laufe der Nachkriegszeit in die SPD und fielen damit aus der Gruppe der Christlich-Sozialen heraus, ohne daß sie grundsätzlich andere inhaltliche Positionen eingenommen hätten. Für Heinrich Gutermuth und Ernst Leuninger bedeutete dieser Wechsel einen Aufstieg, konnten sie doch dadurch Führungspositionen einnehmen, die ihnen als Christlich-Soziale versperrt geblieben wären:<sup>8</sup> Gutermuth wurde Bundesvorsitzender der IG Bergbau (1956 — 1964) und Ernst Leuninger wurde Landesbezirksvorsitzender des DGB-Hessen (1960 — 1964). Erstmals wurde 1986 mit der Wahl von Hermann Lutz zum Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft der Grundsatz durchbrochen, daß ein Christlich-sozialer kein Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft werden kann.

Obwohl Minderheit, vertraten die christlich-sozialen DGB-Funktionäre nur selten originäre Minderheitspositionen, meistens stimmten sie mit der sozialdemokratischen Mehrheitslinie überein. Auf der Führungsebene wurde diese Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen und den christlich-sozialen Gewerkschaftern weder durch die Mißachtung religiöser Bekenntnisse noch durch grundsätzliche inhaltliche Abweichungen in den programma-

---

<sup>8</sup> Ob dies die Motivation ihres Wechsels war, muß dahingestellt bleiben.

tischen und tagespolitischen Fragen belastet. Da die christlich-sozialen DGB-Funktionäre selbst dann nicht den Konflikt mit ihren sozialdemokratischen Kollegen suchten, als diese den Gewerkschaftsapparat einseitig zur Unterstützung sozialdemokratischer Ziele einsetzten, wie etwa beim Bundestagswahlauftritt 1953, wurde ihnen nicht nur von Christlich-Sozialen aus Sozialausschüssen und KAB, sondern auch von rechten Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht, sie würden „opportunistische Anpassungspolitik“ betreiben und ihnen fehle ein eigenes Profil.

Ungeachtet grundsätzlicher Konformität sahen sich die führenden christlich-sozialen Funktionäre aber auch immer wieder dazu veranlaßt - nicht zuletzt wegen der Kritik von außen -, auf all jene Benachteiligungen und Defizite hinzuweisen, die der christlich-sozialen Richtung beklagenswert erschienen: von der personalpolitischen Benachteiligung bis hin zu Verstößen gegen die religiöse und parteipolitische Toleranz. Diese Probleme bestanden primär auf der unteren und mittleren Ebene der Gewerkschaftsarbeit, wo die Zusammenarbeit daher häufig schwieriger als auf der Bundesvorstandsebene war. Auch hierbei warfen die Kritiker den führenden christlich-sozialen DGB-Funktionären vor, sie würden nicht hartnäckig genug gegen diese Probleme vorgehen.

Trotz einer eingespielten Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Mehrheitsposition war die Position der christlich-sozialen Funktionäre in der Einheitsgewerkschaft immer auch eine prekäre, nicht zuletzt, weil sie in starkem Maße von der sozialdemokratischen Gunst abhängig waren. Denn ohne die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmehrheit war es ihnen nicht möglich, eine führende Position in den Gewerkschaften einzunehmen. Ihre bereitwillige Loyalität und ihre geringe Konfliktfreudigkeit innerhalb des DGB läßt sich vermutlich auch als Resultat einer verinnerlichten dreifachen Minderheitsposition interpretieren. Denn ihre Minderheitspositionen in CDU, Katholizismus und DGB bedingten sich wechselseitig und blockierten so in allen drei Lagern ein politisch ambitioniertes und profiliertes Auftreten. Im Sozialkatholizismus währte man die christlich-sozialen Funktionäre im Feindesland; im DGB verdächtigte man sie, kirchliche und CDU-geprägte Interessen in den DGB einzuschleusen. So standen sie ohne eine eigene Hausmacht da und waren nicht in der Lage machtvoll aufzutreten. Es blieb ihnen im DGB scheinbar nichts anderes übrig, als sich loyal zur sozialdemokratischen Mehrheitsrichtung zu verhalten. Immer wieder suchten sie zu beweisen, daß sie keine von außen gesteuerten Interessen im DGB verträten und loyal zur Einheitsgewerkschaft stünden. So unterstrich beispielsweise Bernhard Tacke in einer Bundesvorstandssitzung des DGB, daß „man bei der SPD mittlerweile erkannt haben (sollte), daß es sich bei den christlichen Kollegen nicht um vermeintliche trojanische Pferde im DGB handelt“.<sup>9</sup> Denn „das Bekenntnis der christlichen Kollegen zum DGB“ sei „eindeutig“, was sie durch ihre „überzeugte Haltung für die Einheitsgewerkschaft oft genug bewiesen“

---

<sup>9</sup> Protokoll, 27. Sitzung DGB-BV, 7.10.1958, S. 3, DGB-Archiv.

hätten.<sup>10</sup> Aus dem Munde eines sozialdemokratischen Gewerkschafters hätte ein solches Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft befremdlich gewirkt.

Die Rolle der christlich-sozialen Funktionäre wurde seit 1952 dadurch in Frage gestellt, daß die Zahl der christlich-sozialen Gewerkschafter, die den Untergang der Gewerkschaften 1933 nicht erlebt hatten, im Laufe der Zeit immer größer wurde und es den Älteren nicht gelang, die nachrückende Generation gewerkschaftspolitisch zu integrieren. Diese zweite Generation, der beispielsweise Maria Weber, Adolf Müller und Rudi Nickels zuzurechnen sind, umfaßte hauptsächlich die Jahrgänge von 1916 bis 1930. Geprägt wurden sie durch die Nazizeit, die katholische Jugendarbeit und den Krieg. Für diese jüngere Generation war die Einheitsgewerkschaft keine historische Errungenschaft, die sie vermittels eigener Erfahrung als solche wahrnehmen konnten, sondern vielmehr ein vorgegebenes Faktum. Mitglieder dieser Gewerkschaftsgeneration fanden sich auch zur Christlich-Sozialen Kollegenschaft zusammen, die in einer kritischen Distanz zu den führenden Gewerkschaftern der ersten Generation wirkte. Ihnen ging es darum, den historischen Proporzkompromiß, den die erste Generation christlich-sozialer Funktionäre eingegangen war, zur Disposition zu stellen und statt dessen eine stärkere personelle und programmatische Berücksichtigung der christlich-sozialen Richtung zu fordern. Diese sollte aber nicht unverbindlich in Aussicht gestellt, sondern konkret verankert werden. Während Aktivisten der zweiten Generation als tragende Säule bei der Gründung Christlicher Gewerkschaften (1955) mitwirkten, wechselte fast kein christlich-sozialer DGB-Funktionär der ersten Generation zu den Christlichen Gewerkschaften.

#### Resümee und Ausblick

Von den christlich-sozialen DGB-Funktionären gingen in den fünfziger Jahren keine Initiativen aus, die dazu angetan waren, einen grundsätzlichen Wandel im Verhältnis von DGB und Katholizismus herbeizuführen. Ihr potentieller Einfluß als Klammer zwischen zwei Lagern konnte von ihnen nicht ausgenutzt werden, da die eigenen Kräfte zu schwach, ihre Initiativen und Ambitionen zu wenig profiliert und die Gegenkräfte zu stark waren. Trotzdem war es ein Stück weit auch ihrer Arbeit zu verdanken, daß die Restaurationsbestrebungen des sozialen Katholizismus, die in der Gründung der Christlichen Gewerkschaften ihren Höhepunkt fanden, erfolglos blieben.

In den fünfziger Jahren entwickelte sich eine politische Bedeutungsver-schiebung im Hinblick auf das Selbstverständnis und die Rekrutierung der christlich-sozialen DGB-Funktionäre heraus. Die damit vollzogene Orientierung von der sozialkatholischen und parteipolitisch pluralen Orientierung zu einem eindeutigen CDU-Bezug scheint sich in den achtziger und neunziger Jahren wieder etwas gelockert zu haben. Dahinter steht ein grundsätzlicher Wandel im Sozialkatholizismus, der sich teilweise aus dem Schatten der CDU

---

<sup>10</sup> Ebd.

löste, für die CDU selbst stark an Bedeutung verlor und ein konstruktives Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft gewann.

Ein ähnlicher Kontinuitätsbruch, wie er in den letzten Jahren mit dem Wandel des Sozialkatholizismus und der Auflösung der eindeutigen Bezugnahme auf die CDU-Mitgliedschaft festzustellen ist, kann auch in der Wahl von Ulf Fink zum stellvertretenden DGB-Vorsitzenden auf dem Hamburger DGB-Kongreß 1990 gesehen werden. Die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des DGB aus der christlich-sozialen Richtung konnten auf eine langjährige Gewerkschaftsarbeit zurückblicken, bevor sie dieses Amt antraten. Fink hat in den Gewerkschaften vor seiner Wahl nie ehren- oder hauptamtliche Funktionen bekleidet; er war Parteipolitiker. Da Kompetenz und entschiedene Bereitschaft, sich für die Sache einzusetzen, das zentrale Kriterium für eine solche Wahl sein sollten, kann diesem Kontinuitätsbruch aber keine größere Bedeutung zugemessen werden. Er Hegt eher im Trend der Zeit und kann eine wichtige Voraussetzung für organisatorische Innovationen bedeuten.

Aus historischer, soziologischer und politischer Perspektive liegt die eigentliche Diskontinuität dieser Wahl auch eher darin, daß erstmals eine Personalunion zwischen dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden und dem Vorsitzenden der Sozialausschüsse besteht. Bisher kam der stellvertretende Vorsitzende des DGB aus dem Gewerkschaftsflügel der Sozialausschüsse und der Vorsitzende der Sozialausschüsse aus ihrem Parteiflügel. Finks Vorgänger<sup>11</sup> waren zwar allesamt Mitglieder der Sozialausschüsse und gehörten zum Vorstand der CDA, sie hatten jedoch nie einen relevanten Einfluß auf den politischen und gewerkschaftlichen Kurs der Sozialausschüsse. In den Sozialausschüssen standen sie eher am Rande, denn seit 1945 lag das Steuer der CDA in den Händen parteiorientierter Kräfte.<sup>12</sup> Welche Bedeutung ist der Tatsache beizumessen, daß Fink beide Positionen gleichzeitig einnimmt und als Vertreter der parteiorientierten Kräfte in den Sozialausschüssen stellvertretender DGB-Vorsitzender wurde? Bestehen zwischen dem CDA-Gewerkschafts- und Parteiflügel keine Differenzen mehr? Wohl kaum. Aber vielleicht lassen sich dadurch die Konflikte zwischen CDA und DGB besser regulieren, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Jedenfalls darf man gespannt sein, wie der Loyalitätskonflikt zwischen CDA und DGB in Zukunft gelöst werden wird.

---

11 Bisherige stellvertretende DGB-Vorsitzende aus der christlich-sozialen Richtung: Matthias Föcher (1949-1956), Bernhard Tacke (1956-1972), Maria Weber (1972-1982), Gustav Fehrenbach (1982-1990).

12 Bisherige CDA-Vorsitzende:

Johannes Albers, 28730. 11. 1947 -15716. 5. 1949; Jakob Kaiser, 15716. 5. 1949 - 374. 5. 1958; Karl Arnold, 374. 5.1958 - 29. 6.1958; Arnold Albers, 11712. 7.1958 - 8.3.1963; Hans Katzer, 6. 7.1963 - 5. 6.1977; Norbert Blüm, 5. 6.1977 -16718.10.1987; Ulf Fink, seit 1987.